

Öffentliche Vorträge.

„Richtlinien auswärtiger Politik.“

A Köln. Den Beschluß in der von der Nationalen Frauen-Gemeinschaft Köln im laufenden Monat veranstalteten Vortragsfolge machten gestern abend fesselnde Ausführungen des Straßburger Universitätsprofessors Dr. Martin Spahn über „Richtlinien auswärtiger Politik“. Eine gewisse Enttäuschung wird der Vortrag denjenigen Besuchern bereitet haben, die sich davon eine Auseinandersetzung über deutsche Politik hinsichtlich der Kriegsziele und der Lage nach Friedensschluß versprochen. Nein, von der Zukunft war fast gar nicht die Rede. Weniger der Politiker, sondern der Historiker Spahn führte das Wort und entwickelte wissenschaftlich die „Richtlinien auswärtiger Politik“ als Ergebnis der Weltgeschichte des letzten Jahrhunderts und namentlich des letzten Menschenalters, ein Ergebnis, das wir in dem gegenwärtigen Kriege vor uns sehen. Nur andeutungsweise, gewissermaßen zwischen den Zeilen zu lesen, konnte man aus wissenschaftlichen Erörterungen Winke für die Zukunft herausgehören. So wünschte der Redner für die Zukunft eine erhöhte Beschäftigung unsers Volkes mit der wissenschaftlichen Technik der auswärtigen Politik und ihrer Theorien angesichts der fortschreitenden Demokratisierung der Staaten. Den Zusammenhang der äußeren Politik an Hand der Großstaatenbildungen des vorigen Jahrhunderts erläuternd, deren Ziel eine möglichst gleichmäßige Größenbildung der europäischen Festlandsstaaten bildete, ging der Redner dann auf die Gründe der im letzten Menschenalter einsethenden neuzeitlichen Periode der Weltmachtbildungen ein. Während vordem vielfach die Meinung verfochten wurde, daß die Weltmächte auf die Dauer notwendig wieder in ihre einzelnen Teile sich auflösen müßten, spricht die Geschichte der letzten Zeit ein andres Urteil. In der auswärtigen Politik spielte stets neben den Raumverhältnissen die Geschlossenheit der Staatsgebilde in der auswärtigen Politik eine Hauptrolle. Gebietliche Geschlossenheit zeigten aber bei den neuzeitlichen Weltmächten nur Rußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. England aber, das bis dahin das gerade Gegenteil von räumlicher Geschlossenheit darstellte, kam seit Chamberlains Verarbeitung für das gleiche Ziel zu einer Umbildung seiner bis dahin geltenden Theorie und zu einer Umbildung zu einer geschlossenen Landherrschaft, die von Indien ausgehend über Persien, Arabien und ganz Afrika eine ununterbrochene Landverbindung des britischen Weltreichs anstrebte und den schwarzen Erdteil weltpolitisch als ausschließlich englischen Besitz ansprach. Die Brücke zur gänzlichen räumlichen Geschlossenheit mit Großbritannien schlug dann dessen Bündnis mit den romanischen Südwest-Staaten Europas. Für die Mittelmächte, die ebenfalls für ihre volkswirtschaftliche Entwicklung unentbehrliche Gebiete erhalten mußten, traten neue Gesichtspunkte in die Richtlinien ihrer auswärtigen Politik, darunter die Frage des Weltmeerverkehrs als Folge der Weltwirtschaft. Dabei sind Überlandbahnen und freier Seeverkehr zur Sicherung des Anteils an der Weltwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung. Raumpolitik und ihre Beschränkung sowie bevölkerungspolitische Fragen, Wirtschafts- und Finanzpolitik sprechen bei der Linienführung der auswärtigen Politik mit. Die Zusammenfassung und Gipfelung der durch Raumpolitik und Volkswirtschaft angespannten Kräfte fanden für Mitteleuropa ihren Ausdruck in der Heeresmacht, bei dem freier liegenden England in der Entfaltung seiner Diplomatie und seines Geldreichtums, die seine Macht erhalten sollten. Da es selbst eines großen Heeres weniger bedurfte, wollte es den deutschen „Militarismus“ nicht verstehen, als die fortschreitende Entwicklung der geistigen Kräfte und der wirtschaftliche Aufschwung die europäische Großmächte-Entwicklung zur Weltmachtbildung führte. Die jetzige Krisis muß zeigen, ob die Weltmächte mit ihrer geschichtlich gewordenen Raumpolitik, welche die Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik stützt, sich durchsehen werden, oder ob diese Weltmächte doch wieder in ihre Teile zerfallen und die fortschreitende Demokratisierung und der Pazifismus schließlich die Oberhand behalten.